

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Anzeigenpreise: Die hochgelegene Zeitungs-
Anzeige im außerordentlichen Teil (aus
sonstigen Beilagen) die Seite 200 Pf. — Einzelne und
Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 105

Sonnabend den 6 Mai 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Gewerbelisten

für das Rechnungsjahr 1922

sind von den Grundstücksbesitzern bis spätestens den 9. ds. Mts. in der Stadtkasseneinnahme abzugeben.

Im übrigen wird auf die den Listen aufgedruckte Erläuterung verwiesen.

Stadttrat Dippoldiswalde, am 5. Mai 1922.

Vertilgung und Sächliches

Dippoldiswalde. Wenn es sich im Freien auch noch gar nicht so recht sommerlich anfühlen will, so wird kommenden Sonntag doch der Turnverein Dippoldiswalde (D. T.) sein Anturnen abhalten und damit den Auftakt geben, das Turnen aus der engen Halle wieder hinaus ins Freie zu verlegen. Hoffentlich sind ihm auch dieses Jahr recht viele schöne Abende zum Aufenthalt und zur Betätigung auf dem schönen Platze auf der Aue beschieden. Das Anturnen wird in der üblichen Weise abgehalten werden. Nach einem Zuge von der Reichskrone, dem Vereinslokal, durch die Stadt zum Turnplatze werden dort Freiübungen geturnt, denen Regen-, Frauen- und Kinderturnen folgt. Spiele und am Abend Ball werden das Programm beschließen.

Stutenmusterungen und Fohlenschauungen finden statt am 8. Mai 9 Uhr vormittags in Freiberg, am 9. Mai 10^{1/2} Uhr vormittags in Mittelfeld, am 10. Mai 11 Uhr vormittags in Dippoldiswalde und am 11. Mai 9 Uhr vormittags in Copitz.

Die Gewerbesteuern Dresden beschlossene beim Arbeitsministerium, daß künftig die letzten 2 Sonntage vor Weihnachten für die Arbeit in Bäckereien und Konditoreien freigegeben werden, um dem auf allhergebrachte Sitte beruhenden Bedarf an Backwaren zum Weihnachtsfest ohne Verstoß gegen die Vorschriften über die Arbeitszeit genügen zu können.

Der mehrfach vorbestrafte, wegen anderer Diebereien in Untersuchungshaft befindliche 27 Jahre alte Arbeiter Kurt Paul Schubert aus Altenberg entwendete am 22. März aus einer Hausflur in der Trompeterstraße ein Fahrrad. Beim Abfahre war ihm der 20 Jahre alte, auch bereits vorbestrafte Flaschenträger Emil Artur Nierisch behilflich. Das Dresdner Schöffengericht verurteilte Schubert zu 1 Jahr, Nierisch wegen Hehlerei zu 2 Monaten Gefängnis. — Eine größere Untersuchungssache richtete sich gegen den 1888 zu Wendischhearsdorf geborenen Kaufmann Franz Rudolf Stöck und dessen im gleichem Alter lebende Ehefrau. Als Inhaber eines kleineren Dresdner Geschäftes waren beide Angeklagte zu Anfang vergangenen Jahres in Schwierigkeiten gekommen. Sie nahmen Kredit in Anspruch und gaben als Sicherheit ein Klavier oder die ganze Wohnungsbew. Geschäftseinrichtung ihren jenseitigen Gläubigern an, obwohl sie kein Eigentumsrecht mehr daran hatten. So sollen auf diese Weise ein Renteneinpferger um 15 000 M., ein Feilweibel um 5000 M. und ein Kaufmann um 12 500 M. geschädigt worden sein. Unter Berücksichtigung der Vorstrafen beider Ehegatten, die strafrechtlich in Betracht kamen, wurde Stöck zu 1 Jahr 2 Monaten, seine Frau zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die bei der Handhabung des zum Ausdruck gebrachte ehrlose Gefinnung rechtfertigte auch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beim Ehepaar Stöck auf 2 Jahre.

Glasbütte. Gestern Donnerstag wurde der älteste Uhrmacher in Glasbütte, Oswald Fridolin Taggefeldt, über 80 Jahre alt, zu Grabe getragen. Er hat über 50 Jahre im Dienste der Firma A. Lange u. Söhne gestanden.

Um 6. Mai sind 25 Jahre verflossen, daß der Buchdruckermeister Hermann Knack von dem Vorbesitzer M. Gölbner die Aktiendruck- und Buchdruckerei in Glasbütte käuflich erwarb, mit der der Verlag der „Mühlthal-Nachrichten“ (seit 1884) verbunden ist.

Kreisch. Beim hiesigen Standesamte kamen im Monat April 6 Geburten (4 männliche, 2 weibliche, darunter je 1 uneheliche), 6 Aufgebote, 2 Eheschließungen und 6 Todesfälle zur Anmeldung.

Frauenkassen. Die Gewerbesteuern hielt am 1. Mai die diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem vom Vorstand erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Umsatz im Jahre 1921 fast 26 Millionen Mark betragen hat. Eine erfreuliche Entwicklung, die man als Beweis für die Notwendigkeit einer Bank am Orte ansehen kann. Der Reingewinn betrug im Gesamtertrag aus 1920 26 793 M. Die Genossen erhalten 7% Dividende. Es wäre möglich gewesen, höhere Dividenden auszusprechen, Vorstand und Aufsichtsrat glaubten aber besonders die Reserven stärken zu müssen, um für die Zukunft leistungsfähig zu bleiben. Auch im begonnenden Jahre kann die Geschäftslage als sehr günstig bezeichnet werden. Ist doch in den Monaten Januar bis April, also in 4 Monaten, schon fast der Umsatz von 1921 erreicht worden. Nach Erledigung einiger genossenschaftlicher Fragen wurde anstelle des durch Wegzug ausscheidenden Sekretärs Odrich Kantor Weisler in den Aufsichtsrat gewählt. Die jahresgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Kaufmann Jähmig und Kummer wurden wiedergewählt. Vorstand und Aufsichtsrat sprachen Sekretär Odrich bei seinem Scheiden von hier und aus der Leitung der Gewerbesteuern herzlichen Dank aus für seine Tätigkeit im Interesse der Bank.

Dresden. Auf der Tagesordnung der Landtagsitzung am Donnerstag stand die Beratung des von sozialistischer Seite so warm empfohlenen und von Sach- und Fachkennern scharf bekämpften Entwurfs einer Gemeindeverfassung. Das Haus ist gut besetzt. Die Besprechung eröffnetet der Innenminister Lipinski, den Gesetzentwurf, der ganz seinem Geiste und seinen bisherigen Taten entspricht, warm empfehlend. Die Empfehlungen aber, die er seinem Geisteskinde mit auf den Weg gibt, sind recht bedenkl. Die Aufgaben der Gemeinden sollen erweitert, das

Aufsichtsrecht des Staates geändert werden und eine völlige Umstellung der unteren Verwaltungsbehörde soll erfolgen. In die gleich empfehlenden Linie stimmt auch der mehrheitssozialistische Abgeordnete Knack ein, der den Entwurf seines demokratischen und fortschrittlichen Juges wegen lobt. Der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Eberle unterzieht den Entwurf einer Kritik und bringt sein großes Mißtrauen gegen diesen revolutionär-politisch-bürokratisch-rückwärtigen Wechsel zum Ausdruck. Der volksparteiliche Abgeordnete Blüher, einer der besten Sachkennner zerpflückt ebenfalls den Entwurf und stellt fest, auf welche Motive es zurückzuführen ist, wenn der Entwurf hier und da Zustimmung gefunden hat. Auffehen erregt es, daß der Minister zu den Besprechungen über die Reform wohl den sozialdemokratischen Stadtverordneten-vorsteher von Leipzig zugezogen hat, die Vertreter der Städte Chemnitz und Dresden und den Geschäftsführer des Gemeindefortschritts aber nicht. Daß die Vertreter der sächsischen Residenzstädte mit einer Linksmehrheit die Staatsaufsicht und die Bürgermeisterversammlung abgelehnt haben, hat den Minister abolut nicht irritiert. Die Vorlage kann nach der doch sicher maßgeblichen Meinung des Redners keine geeignete Grundlage für eine brauchbare Reform der Gemeindeverwaltung bilden, die bezüglich der Staatsaufsicht reaktionär, bezüglich der anderen Punkte politisch dilettantistisch und in den Bestimmungen über die Amtshauptmannschaften unausgereift ist. Minister Lipinski erwidert zwar, daß er den Gesetzentwurf mit Vertretern verschiedener Verwaltungssysteme besprochen habe, verschweigt aber schamig, wer diese Vertreter gewesen sind. Daß die Unabhängigen durch ihren Redner Liebmann der Vorlage zustimmen und sogar Beschleunigung wünschen, nahm nicht Wunder. Der Demokrat Dr. Jehne kann die Ansichten der beiden Rechtsparteien nicht teilen und sieht in dem Entwurfe eine brauchbare Grundlage für die kommende Gemeindeverfassung. Er beantragt Überweisung der Vorlage an einen Rechtsausschuß. Nach zustimmenden Worten von Seiten der Kommunisten und ablehnenden Worten des Abg. Sehelein wird der Gesetzentwurf an einen 19 gliedrigen außerordentlichen Ausschuss überwiesen. Der Ausschussvorsitzende betr. die Eingemeindung selbständiger Gutsbezirke wird nach unwissenschaftlicher Debatte entgegen einem Antrage des Abg. Wäagner mit dem vom Rechtsausschuß beschlossenen Abänderungen von der Linken gegen 46 Stimmen der Rechten angenommen. Die nächste Sitzung findet am 11. Mai statt, auf deren Tagesordnung, wie bereits gemeldet, auch der Antrag der Rechtsparteien auf Auflösung des Landtages steht. Vor dem Beginn dieser Sitzung wird der Verlestenausschuß des Landtages zu einer Sitzung zusammengetreten.

Dresden-Verschönerung. Erfolg der verkehrten Wohnungs-politik. Dem Einzug nahe ist das Wohnhaus Rißweg, Ecke Martiniweg, das die Wohnungsinhaber bereits zum größten Teile geräumt haben. Es handelt sich um ein altes Haus. Ein Spaziergang durch unseren Ort zeigt aber, daß auch noch so manches andere Grundstück dem Verfall bedenklich nahe ist, wenn nicht bald durchgreifende Erneuerungen erfolgen. Ramentlich die Dächer sind an vielen Stellen schadhaf. Das im Vorjahre eingestürzte Haus am Grenzweg liegt immer noch als Trümmerhaufen da. — Nicht nur in Leipzig, sondern überall kann man Häuser sehen, die infolge der Wohnungsmangelswirtschaft mit ihrer Vermietung des Hausbestandes dem Verfall nahe sind.

Raubdief bei Gausig. In der Nacht zum Sonntag waren zwei Spitzbuben in das Gehöft des Wirtschaftsbefizers Werner eingedrungen, um dessen drei Zentner schweres Schwein zu stehlen. Werner gelang es, die Diebe durch Schreieschüsse zu verschrecken. Doch auch die Diebe schossen, ehe sie unverrichteter Sache entflohen, auf Werner, der an der einen Hand verletzt wurde.

Schma. Ein Dieb hatte versucht, durch das Waschhaus in ein hiesiges Kaffee einzudringen. Er kam aber aus dem Waschhaus nicht weiter. Als er daselbst mit einigen Wäschebüchsen verlassen wollte, mußte er die Dünnergrube passieren. Zu seinem Unglück brachen die Bohlen ein und verhalfen ihm so zu einer näheren Bekanntschaft mit dem Inhalt dieser Grube. Unter Zurücklassung der Wäsche gelang es dem Diebe aber doch, zu entkommen.

Harzenstein. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden 8 Bürgerliche und 4 Sozialisten gewählt. Die Wahlen fanden infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahlen vom 8. Januar statt. Damals wurden 7 Bürgerliche und 5 Sozialisten gewählt.

Annaberg. Seit dem 1. Mai ist der Strompreis für Licht um 50% von 7 M. auf 10,50 M. für 1 Kilow. erhöht, der Kraftstrom wird bis 10 000 Kilow. auf 6 M. für 1 Kilow. festgesetzt. — Zur Verteilung von Brennholz an Minderbemittelte wurden 100 000 M. bewilligt. — Der Haushaltsplan für das Stadttheater auf das Jahr 1922/23 sieht einen Zuschuß von 180 000 M. vor; für Wagen sind 206 000 M. (120 000 M.), für das technische Personal 90 000 M. (45 000 M.), für Heizung und Beleuchtung 180 000 M. (64 000 M.), für Musik 30 000 M. (12 000 M.) ausgeworfen.

Zwickau. Die Mitglieder der Stadtkapelle sollen mit einem jährlichen Kostenaufwand von mehr als 250 000 M. in ein Ange-stelltenverhältnis zur Stadt überführt werden.

Zwickau. Die Landarbeiter sind in den Bezirken Zwickau, Werda und Krimmitschau in einen Lohnstreik getreten. Sie fordern 50% Zuschlag.

Bautzen. Die Schulraumnot wird in Bautzen, der Stadt der Schulen, immer schwieriger. Jetzt ist man schon dazu übergegangen, in die Kellergeschosse einzelner Volksschulen Schulzimmer zu legen. Da aber auch dieses Mittel nicht hinreichend Raum schafft, soll noch in diesem Sommer das Nachgeschos der 1911 erbauten Pestalozzischule zu Klassenzimmern ausgebaut werden. Auf diese Weise hofft man, der Raumnot auf 7-8 Jahre begegnen zu können.

Löbau. Eine Prämie für Freimachen von Wohnungen beschloß der Stadtgemeinderat in seiner letzten Sitzung. Jede Person, die Wohnräume freimacht (durch Wegzug, Einschränkung und dergleichen), erhält eine Geldbelohnung. Diese beträgt für 1 Zimmer 1000 M., für 2 Zimmer 2000 M., für 3 Zimmer 3000 M. und für mehr als 3 Zimmer 4000 M. Doch ist daran die Bedingung geknüpft, daß die Personen im Laufe von 5 Jahren in Löbau eine Wohnung nicht mehr zu beanspruchen haben.

Vom Residenzschloß in Dresden.

Seit 30. April sind, wie schon erwähnt, die Festräume des Residenzschlosses in Dresden gegen ein geringes Eintrittsgeld (5 M., für Kinder 3 M.) dem allgemeinen Besuche zugänglich gemacht. Es kommen 32 Räume in Frage, die genug des Feinselben und Wertvollen bergen, um von jeht an die Besichtigung des Schlosses als unerlässlich in das Programm eines jeden Besuchers Dresdens aufzunehmen. Die Besichtigung beginnt in der französischen Galerie, in der vor allem die Gemälde Silvestres aus dem alten Brühlischen Palais, August den Starcken und seinen Sohn und dessen Gemahlin darstellend, bemerkenswert sind. Der anstoßende kleine Speisesaal ist an den Wänden mit vier Pariser Wandteppichen, Monatsbildern aus dem Besitz des Grafen Brühl behängt. In dem folgenden großen Speisesaal haben wieder vier Obelins ihren Platz gefunden. Sie sind Geschenke Napoleons I. und schildern die Geschichte Josephs, Ethers und den Raub der Sabinerinnen. Im Gemache der Königin Carola befindet sich ein sehr gutes Bild Palma Vecchios, den Empfang Heinrichs II. in Venedig darstellend, weiter ein Porträt der Königin von Leon Dohle. Das Wafazimmer trägt seinen Namen von den Bildnissen der Mitglieder des Hauses Wala. Es folgt der Studsaal, von Krüger 1872 bis 1873 hergestellt. Ihm schließt sich an der große Ballsaal, erbaut von Wolfframsdorf, mit Szenen aus der antiken Mythologie und Kultur, die bekannten Fresken Vendemanns aus den Jahren 1845 bis 1855. Man kommt sodann in das Turmzimmer, den kostbarsten und eigenartigsten Raum, noch im wesentlichen so erhalten, wie August der Starke die Ausstattung angeordnet hatte; kostbar wegen der seltenen Porzellane, die sich in drängender Fülle vorfinden, eigenartig, weil nirgends vor oder nachher wie in diesem Zimmer das Porzellan mit der Architektur zur Einheit verbunden ist. Der Bankettsaal, ursprünglich Thronsaal, ist mit Fresken Vendemanns geschmückt. Der neue Thronsaal weist ein Bildnis August des Starcken von Silvestre auf. Ganz besonderes Interesse dürfen Thronsaal und Schlafzimmer August des Starcken für sich in Anspruch nehmen. Im Thronsaal fallen vor allem ins Auge die Verkleidung der Wände; roter Samt mit Reliefstickerei in Goldbrokat, gestrichelte Pilaster mit reichen Ornamenten. Ferner das prächtige Deckengemälde von Silvestre, silberne Tische, Guerdons und Kaminvorsetzer von Albrecht und Johann Ludwig Viller aus Augsburg um 1710. In nenn sind weiter das Lackkabinett, chinesische Arbeit, das Dankezimmer mit Rokokomöbeln im Stile Cassiers. Endlich die drei Obelinsäle mit Obelins aus der Dresdner Manufaktur von Kermot 1739 bis 1741 und aus der Pariser Manufaktur, von denen vor allem die 4 Obelins, Szenen aus Dainault, Roliere, Racine, Corneille darstellend, nach Entwürfen von Ch. Coppel, ein Geschenk der Dauphine von Frankreich an ihren Vater Friedrich August II. um 1750, wertvoll sind. Den Beschluß macht das Canalettozimmer mit Ansichten von Venedig und Rom vom älteren Meister dieses Namens. Das Schloß ist ja kein einheitlicher Bau von hohem künstlerischen Werte. Der große Brand von 1701 zerstörte den ganzen Ostbau mit dem Riefensaal. Die weitestgreifenden Pläne August des Starcken für einen Neubau, zu denen u. a. auch Pöppelmann herangezogen wurde, sind nicht ausgeführt worden. Ein schmuckloser Neubau wurde ausgeführt, dessen innere Ausstattung zwischen 1705 und 1720 fertiggestellt wurde. Im 19. Jahrhundert entstanden der Bankett- und Ballsaal, der kleine Ballsaal und der Studsaal. Ein Gesamtumbau 1889 bis 1901 wurde von Dungen und Frölich geleitet und gab dem Schloße im Innern und Außen seine endgültige Gestaltung.

Die Entente an Rußland.

Die Sowjetregierung soll alle Schulden anerkennen.

Die Denkschrift der Alliierten an Rußland liegt jetzt im Wortlaut vor. Das Schriftstück ist nach Inhalt und Form noch bedeutend schärfer, als man nach den bisherigen Meldungen vermuten konnte. Rußland soll sich nicht nur verpflichten, sich jeder Umsturzpropaganda in den anderen Staaten zu enthalten, es soll auch bei der Wiederherstellung des Friedens in Kleinasien mitwirken und sich den Kriegführenden gegenüber neutral verhalten.

Einer der wichtigsten Artikel des Memorandums ist der Artikel II, wonach die Sowjetregierung alle Schulden der kaiserlichen, der provisorischen und der Sowjetregierung anerkennen soll. Doch wollen die Gläubigermächte für den Augenblick weder Zahlung des Kapitals noch der diesbezüglichen Zinsen verlangen. Die Alliierten ihrerseits erkennen die Verantwortlichkeit für gegenrevolutionäre Schulden der Sowjetregierung nicht an.

In Artikel V soll sich die Sowjetregierung verpflichten, die finanziellen Verpflichtungen aller Lokal- oder Provinzialbehörden in Rußland wie auch der öffentlichen Unternehmungen in Rußland, die bis heute Unteranen anderer Mächte gegenüber eingegangen worden sind, anzuerkennen.

Hinsichtlich des Privateigentums soll die russische Regierung „alle ausländischen Interessen an Verlusten und Schäden, bewirkt durch die Tatsache der Konfiszierung oder den Expropriation von Eigentum zurückgeben, wieder herstellen oder, im Falle das nicht geschieht, entschädigen. Im Falle, wo der vorherige Besitzer nicht in den Besitz derselben Rechte gesetzt werden kann, die er vorher besaß, soll die russische Sowjetregierung eine Ersatzleistung bieten. Ferner sollen für jedes Land amischte Schieds-

gerichtsstände errichtet werden, um bezüglich der Erfolgeleistungen zu entscheiden.

Für die möglichst schnelle Wiederinbetriebsetzung der Unternehmungen, welche es auch sein mögen, die ausländischen Untertanen vor den Ereignissen des Jahres 1917 gehörten, und für die Errichtung neuer Unternehmungen, die von großer Hilfe für die schnelle Wiederherstellung Rußlands sind, verpflichtet sich die russische Sowjetregierung, alle die Maßnahmen zu ergreifen, um den unterzüglichen Schutz der Personen, des Eigentums und der Arbeit der ausländischen Untertanen zu sichern.

Rußland lehnt die Forderungen ab.

Obwohl die russischen Delegierten größte Zurückhaltung beobachtet, kann es doch als ziemlich sicher gesagt werden, daß das Memorandum von ihnen abgelehnt werden wird. Es ist damit zu rechnen, daß von russischer Seite eine Antwort nicht eher erfolgt, bis die Frage geklärt ist, ob die Zustimmung des französischen Delegierten Barrere zu dem Memorandum von der französischen Regierung als bindend erachtet wird.

Der Pariser Kabinettsrat.

Verständigung zwischen Poincaré und Barthou.

Der Konflikt zwischen Poincaré und dem französischen Delegationschef Barthou ist wider Erwarten rasch beigelegt worden. Barthou hatte sofort nach seiner Ankunft in Paris eine Unterredung mit Poincaré, der ein vierstündiger Ministerrat folgte. Nach dieser Sitzung wurde folgende amtliche Erklärung ausgegeben:

„Ministerpräsident Poincaré dankte Herrn Barthou im Namen aller Minister für das Talent und die Autorität, die er in Genua aufgewandt hat, um die Arbeit an der Konferenz zu erleichtern (1) und gleichzeitig die französischen Interessen zu verteidigen. Der Kabinettsrat nahm die Meinungen aus Genua und Brüssel zur Kenntnis. Nach Prüfung der Lage hat die Regierung einstimmig beschlossen, daß

Frankreich nichts von Belgien trennt. Herr Barthou wird Freitag früh die Rückreise nach Genua antreten.

Diese Mitteilungen, namentlich die über die Rückreise Barthous nach Genua, scheint zu beweisen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Barthou, wenn solche überhaupt bestanden haben, aber wenn die ganze Krise nicht ein bloßes taktisches Manöver gewesen ist, über sämtliche schwebenden Fragen bergeht.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 5. Mai 1923.

— Im Edenhotel, dem Wohnsitz der deutschen Genuadelegation, fand ein Essen zu Ehren des italienischen Vizepräsidenten Facta und des italienischen Ministers des Äußeren, Schanzer, statt, an dem die deutsche Delegation, an der Spitze Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsminister Dr. Rathenau, teilnahm.

— Der Beamtenausschuß des Reichstages hat beschlossen, in der nächsten Sitzung von der Regierung eine Erklärung über den Stand der Beforderungsaufseicherung zu verlangen.

— Die Berichterstattung über Genua. In der Reichskanzlei fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der Reichsfinanzminister Dr. Hermes über die Verhandlungen in Genua Bericht erstattete. Im Anschluß daran unterrichtete der Minister die Parteiführer über das Ergebnis der Besprechungen finanzieller Art in Genua. — Nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers Dr. Hermes befinden sich von den fünf deutschen Hauptdelegierten nur mehr der Reichskanzler Dr. Wirth, der Reichsaußenminister Dr. Rathenau und der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt in Genua. Einige Sachverständige haben Genua bereits verlassen, ein Teil der Delegation, wahrscheinlich auch der Reichswirtschaftsminister und die Mehrzahl der Sachverständigen werden in den nächsten Tagen nach Deutschland zurückkehren.

— Beamtenbeförderung und Verleumdung. Auf Anordnung des Reichsverkehrsministers sollen die von den Eisenbahndirektionen aus Anlaß des letzten Streiks etwa verfügbaren vorläufigen Zurückstellungen von der Zulassung zu Prüfungen und von der Anstellung oder Beförderung nunmehr aufgehoben werden. Soweit für die zurückgestellten Bediensteten Stellen offen gehalten sind, können die Stellen mit rückwirkender Kraft im Rahmen der allgemeinen Grundsätze verliehen werden. Beamte, gegen die nach den aufgestellten Richtlinien ein Disziplinarverfahren eingeleitet ist, kommen selbstverständlich für die Abnahme einer Prüfung oder für eine Beförderung vorläufig nicht in Betracht. Das Gleiche gilt hinsichtlich der Prüfung, Anstellung und Beförderung solcher Beamten, die im Kündigungswege entlassen sind und gegen die Kündigung den Beschwerdeweg beschritten haben. Für derartige Beamte werden Planstellen solange offen gehalten, bis das Disziplinarverfahren abgeschlossen oder auf die Beschwerde über die Kündigung entschieden ist. Bei einem Punktspruch im Disziplinarverfahren oder bei Zurücknahme der Kündigung sollen auch diesen Beamten später die offen gehaltenen Planstellen nach den allgemeinen Grundsätzen verliehen werden.

— Ein belgisches Dementi. Die belgische Gesandtschaft dementiert das Gerücht, daß ein geheimes Abkommen zwischen Belgien und Frankreich bestünde, um eventuell gemeinsam in Deutschland einzumarschieren, falls die Sicherheit der Besatzungstruppen und die Erfüllung des Vertrages von Versailles in Gefahr sein sollten. Das belgisch-französische Defensivabkommen, dessen Inhalt der ganzen Welt bekannt ist, sehe eine militärische Aktion seitens Belgiens und Frankreichs nur dann vor, wenn diese Länder von Deutschland unprovokiert angegriffen würden.

Rundschau im Auslande.

— Exzellenz Rita ist auf der Durchreise nach Madrid in Alfaro eingetroffen.

— Der ehemalige Präsident der französischen Republik, Paul Deschanel, wurde mit militärischen Ehren beigesetzt.

— Die schwedischen Delegationen auf der Genueiser Konferenz sind nach Stockholm zurückgekehrt.

— Bei den letzten Kämpfen in Marokko sollen die Spanier 50 Tote und 250 Verwundete verloren haben.

— Die japanische Stadt Yokohama hat keine Demission eingereicht.

Italien: Ein neuer Protest gegen Berlin.

— Der Führer der russischen Delegation Tschitscherin hat an den Vorsitzenden der Konferenz eine neue Note gerichtet, in dem er sich gegen den Ausschluß Rußlands aus der Kommission für Arbeiterfragen Einspruch erhebt. Der Präsident der Wirtschaftskommission hat, wie es in der russischen Note heißt, selbstherrlich jene Nationen bestimmt, die den Ausschluß für Arbeitserfragen angeordnet haben. Rußland wurde nicht in die Zahl dieser Nationen eingeschlossen, obwohl Rußland der erste Staat ist, dessen Verfassung und Politik auf den Interessen der Arbeiter basiert ist. Tschitscherin sei sich daher gezwungen, im Namen der russischen Delegation gegen diese neuartige Methode der Erziehung eines Komitees und gegen den Ausschluß Rußlands Protest zu erheben.

Das Selbstbestimmungsrecht im Elsaß.

Als nach dem deutschen Zusammenbruch hinter dem zuckmargherierenden Heere der deutschen Fronttruppen der Feind die nunmehr ungeschützten Grenzen des Reiches überflutete und bis zum Rheine vorstieß, ging das Elsaß dem deutschen Volke verloren. Die Brücken, die den Fluß der Rheinischen Ebene überspannten, zerbrachen; und willenslos, unter dem Zwange einer nichterwarteten Niederlage, ließ sich das elssässische Volk dem Einheitsstaate Frankreich einverleihen. Für Deutschland waren damit 48 Arbeitsjahre fruchtlos vergangen; und die deutsche Sehnsucht, das Elsaß als selbständigen Bundesstaat auch innerlich völlig zu gewinnen, die mit einem glücklichen Ausgange des Weltkrieges verwirklicht werden konnte, endete im Chaos der Selbstauflösung. Aber auch das Elsaß wurde durch die glatte Annexion um 48 Jahre seiner Entwicklung betrogen; und zu spät merkte das elssässische Volk, daß es durch die widerspruchsvolle Hinnahme seiner Einverleibung in das zentralistische Frankreich im Grunde aus das verzichtet hatte, was es so sehr der deutschen Staatlichkeit gegenüber behauptet hat: auf das Selbstbestimmungsrecht und die politische Sonderheit seiner Landschaft.

Wir wissen, daß das Problem des Elsaß im Friedensvertrage von Versailles nicht gelöst wurde, ja daß es als französisch-elssässisches Problem erst jetzt in das kritische Stadium eingetreten ist. In der Erklärung zur Bekämpfung seines Widersachers schrieb einst Jakob Wimpfeling: „Nicht sehr befürmern wir uns um den Namen unseres Vaterlandes. Aber daß unsere Väter, Großväter und Urgroßväter, unsere Vorfahren und Ahnen Deutsche oder Alemannen gewesen sind, daß sie deutsch gesprochen, deutsche Sitten gehabt haben, das ist uns lieber, als daß wir von den Galliern abstammen sollen.“ Und in diesen klaren Sätzen ist das elssässische Problem gefaßt. Aber war es damals zur Zeit Jakob Wimpfeling's möglich, sich nicht um den Namen des Vaterlandes zu bekümmern, weil der Rechtsstaat, in dessen Verbände man nun einmal leben mußte, die Sonderstellung der elssässischen Landwirtschaft, Sprache und Kulturverbundenheit nicht anzufassen wagte, so wird dem Elsaßer heute die alte Lage zum unerträglichsten Zwang, weil Muttersprache, Kultur und Wirtschaft in ihren Voraussetzungen bedroht sind. Die Elsaßer merken diese Gefahr und sie wären trotz der augenblicklichen französischen Staatlichkeit nicht echten alemannischen Stammes, wenn sie die Waffe der Befreiung nicht mit der althergebrachten Fähigkeit gegen die französische Bourgeoisie verteidigen würden.

Schon ist zu spüren, wie der Karbunkel um die Selbständigkeit des elssässischen Kulturgebietes gegen die Verwelschung sich immer mehr verschärft. Und aus den sanfteren Reden der Deputierten in der Pariser Kammer läßt sich die verbissene Stimmung der Menschen zwischen Wasgau und Rhein deutlich erraten. Denn es geht nicht nur um Muttersprache und Kultur, es geht ebenso sehr um die Wirtschaft der Heimat. Das wissen die Elsaßer genau und sie wissen auch, daß das Elsaß den Elsaßern gehört, seit das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert wurde. Der Siegerstempel auf dem Straßburger Kleberplag mit der Mastkrone der befreiten Elsaßerin ist verblasst, und der Elsaßer vergleicht nichtern das Gegenwartige mit dem Vergangenen, und da will ihm bei aller eigenbrüderischen Einstellung gegen das Vergangene auch das Gegenwartige gar nicht gefallen, weil es der eigenen Wirtschaft und Lebensform radikal widerspricht. 50 Jahre einer gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung lassen sich nicht auslöschen. Der Elsaßer fühlt sich beengt, weil ihm der Spielraum nach Osten fehlt, weil ihm der Weg über den Rhein versperrt wurde. Doch der Zeiger seiner Wirtschaft zeigt ebenso wenig nach Westen, wie der Zeiger seiner Kultur. Und es ist unmöglich, den Zeiger zu drehen, ohne die Wirtschaft zu zerbrechen. Darum wird der Kampf um die Bewirkung des Wortes: Das Elsaß den Elsaßern von dem kulturellen Gebiete notwendig auf das wirtschaftliche und politische Gebiet übergreifen müssen. Und von dem Ergebnis dieses politischen Kampfes wird in gleicher Weise der Bestand der elssässischen Kultur und der elssässischen Wirtschaft abhängen, deren Entwicklung immer bestimmter wurde in dem großen Zusammenhange mit dem Mutterlande jenseits des Rheins.

Die Muttersprache läßt sich nicht aus dem Herzen reißen. Aus ihr wachsen die Erinnerungen. Und der Wille eines selbständigen Volkes, das Schicksal und die Wirtschaft seines Landes selbst zu bestimmen.

Der deutsche Außenhandel.

Bermehrte Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen.

Im Gegensatz zu den ersten Monaten dieses Jahres weist der März eine beträchtliche Steigerung der Einfuhr auf. Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamtes über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im März hat im Spezialhandel betragen:

die Einfuhr 26,4 Millionen Doppelzentner im Werte von 22,9 Milliarden Mark, die Ausfuhr 21,5 Millionen Doppelzentner im Werte von 21,3 Milliarden Mark.

Somit liegt gegenüber dem Vormonat der Menge nach die Einfuhr um 11,8 Millionen Doppelzentner oder 78,4 v. H., die Ausfuhr um 4,0 Millionen Doppelzentner oder 22,9 v. H. Dem Werte nach betrug die Zunahme bei der Einfuhr 10,9 Milliarden Mark oder 90,8 v. H., bei der Ausfuhr 6,8 Milliarden Mark oder 46,9 v. H. Infolge der weit stärkeren Steigerung der Einfuhr vergrößerte die Handelsbilanz im März einen Einfuhrüberschuß von 1,8 Milliarden Mark. Unter den eingeführten Waren ist die größte Zunahme bei den Rohstoffen (+ 8,3 Millionen Doppelzentner und 5,4 Milliarden Mark) eingetreten und bei den Halbfabrikaten (+ 1,0 Millionen Doppelzentner und 1,2 Milliarden Mark); hierbei sind insbesondere beteiligt Kohle, Eisen, tierische und pflanzliche Spinnstoffe, Rohabak, Häute und Felle, Korbwaren, ferner Kupfer, Blei, Zinn, Nidel.

Auch die Einfuhr von Lebensmitteln weist im ganzen ebenfalls eine starke Steigerung auf. Eine Ausnahme macht jedoch Brotgetreide, wovon wiederum geringere Mengen als im Vormonat eingeführt wurden. Die Bedarfsdeckung, die in den letzten Monaten zurückgestellt worden war, hat also, wenn man von der letztgenannten Ausnahme absteht, wieder sehr stark eingeleitet. Bei der Ausfuhr haben mengenmäßig am stärksten die Rohstoffe und halbfertigen Waren zugenommen (+ 1,3 und 1,5 Millionen Doppelzentner und 466 bzw. 639 Millionen Mark). Der Wertsteigerung nach stehen allerdings die Fertigwaren weit an der Spitze (+ 0,9 Millionen Doppelzentner und 5,5 Milliarden Mark).

Auswandererernöte.

Die Schwierigkeiten für die deutschen Auswanderer sind heute weit größer als früher. Nicht allein der katastrophale Stand unserer Saluta, sondern auch die ablehnende Haltung der fremden Regierungen und nicht zu erst der Mangel an Passagierdampfern bilden zum Teil unüberwindliche Hindernisse. So erklärt es sich, daß im Jahre 1920 nur 8458 Deutsche auswandern konnten. Während früher der Hauptstrom der deutschen Auswanderer über Hamburg bezug Bremen ging, verteilt sich die deutsche Auswanderung für 1920 folgendermaßen:

Aber Hamburg	763 Personen
„ Bremen	106 „
„ Amsterdam	6454 „
„ Rotterdam	1135 „

Diese Zahlen beweisen, daß der Mangel an deutschen Dampfern unsere Landsleute zwingt, auf fremden Schiffen auszuwandern; ein Beweis, wie dringend nötig es ist, daß wir uns wieder eine eigene Handelsflotte schaffen.

Die Hauptschwierigkeit aber ist heute für uns, daß viele Länder dem Deutschland noch verschlossen sind. England, Frankreich und ihre Kolonien, Kanada und die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B. verhalten sich völlig ablehnend oder erschweren die deutsche Einwanderung nach Möglichkeit. Eine Verringerung der Verhältnisse ist vorläufig in diesen Ländern ausgeschlossen; die Mehrzahl der Auswanderer ist daher auf Süd- und Mittelamerika angewiesen. Hier finden die deutschen Interessen gewisse Unterstützung der Regierungen, die den Auswanderern Freiland geben oder, wie Brasilien (allerdings bisher als einziger Staat), den Einwanderern die Passage vorkaufen. Vorläufig wird also Latein-Amerika als Hauptauswanderungsziel für Deutschland allein in Frage kommen, wie auch die Zahlen für 1920 beweisen. Von den 8458 deutschen Auswanderern im Jahre 1920 wendeten sich:

nach den Vereinigten Staaten	
von Nordamerika	1429 Personen
„ Südamerika	6008 „
„ Mittelamerika	231 „
„ Argentinien	588 „
„ Brasilien	132 „

Ist vorläufig die Auswanderung aus Deutschland noch gering, so muß doch mehr und mehr mit der Auswanderungslust größerer Massen gerechnet werden. Die schwerste Gefahr, die Deutschland durch diese kommende Auswanderung droht, ist die Gefahr der Entfremdung unserer Landsleute im Auslande. Diese Entfremdung zu verhüten, muß das Hauptstreben aller amtlichen und privaten Auswandererfürsorge sein!

Soziales.

— Bekämpfung der Lebensgefahr. Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß, durch alle nur möglichen Maßnahmen der beschießenden Gefahr der Einschleppung von Seuchen aus dem Osten im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern entgegenzuwirken und gegebenenfalls anordnende Mittel für die Seuchendämpfung in den Haushalten einzusetzen.

— Die Feuerungsaktion der Beamten. Im Reichsfinanzministerium haben die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Beamtenorganisationen über die neuen Forderungen der Beamten begonnen. Bekanntlich hatten die Organisationen eine 30prozentige Erhöhung der beiden Arten von Feuerungszulagen verlangt und eine Errechnung der jedem Beamten zuzurechnenden Kopfsumme, aus einem Grundbetrag von 15 000 Mark, statt wie bisher aus einem solchen von 10 000 Mark. Die Regierung bewilligte die Forderung der 30prozentigen Erhöhung des allgemeinen (prozentualen) Feuerungszulages, lehnte aber die Erhöhung des Kopfsummes ab. Nach langwierigen Verhandlungen gelangt die Regierung schließlich eine gewisse Erhöhung des Kopfsummes für die Beamten zu, und die Gewerkschaften wiederum haben die Erhöhung des Grundbetrages für den Kopfsumme von 10 000 auf 15 000 Mark fallen. Als Äquivalent wurde jedoch von den Beamtenvertretern eine gleichmäßige Erhöhung der Feuerungszulagen auf nunmehr 35 Prozent gefordert. Ueber diese Forderung konnte in den Verhandlungen zunächst keine Einigung erzielt werden. Man beschloß, die Verhandlungen zu unterbrechen, um beiden Parteien Gelegenheit zu geben, zu ihren gegenseitigen Vorstellungen besonders nochmals Stellung zu nehmen. Die Forderungen der Gewerkschaften für die neuen Feuerungszulagen würden in ihrer Auswirkung etwa 40 Milliarden Mark betragen haben. Die jetzigen Zugeständnisse der Regierung werden eine Mehrbelastung des Etats in Höhe von etwa 32 bis 35 Milliarden Mark bringen.

— Der Verband Deutscher Lokomotivführer gegen den Lokostreit. Die Reichslokführervereinigung Deutscher Lokomotivführer, 218 Berlin, hat in ihrer letzten Hauptversammlung den Namen „Verband Deutscher Lokomotivführer, 218

weren" angenommen und einmütig folgende Entschliessung gefasst: Die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Lokomotivführer lehnt als Staatsbeamtengruppe jeden Lohnstreik ab. Mit Rücksicht auf die große Notlage der Beamten erwartet sie aber von der Regierung und Volksvertretung wirtschaftliche Unterstützung, vor allem Herabsetzung der Preise für die notwendigen Lebensmittel, in erster Reihe Maßnahmen gegen den Mangel an Brot und Kartoffeln.

Konflikt im Bankgewerbe. Im Reichsarbeitsministerium fanden Nachverhandlungen über den zum Reichstarif im Bankgewerbe gefällten Schiedspruch statt. Hierbei erklärten sich die Bankleitungen bereit, auf den Leistungsanspruch für Ueberstunden zu verzichten und eine Verbesserung der Feuerungsanlage sowie eine bessere Regulierung der Bezüge für die weiblichen Angestellten vorzunehmen. Indessen mühten die Verhandlungen unterbrochen werden, weil die Arbeitgeber von den Verbänden verlangten, daß sich diese während der Tarifdauer jeder Agitation gegen die gesetzlich zugelassenen Ueberstunden enthalten sollten. Hiergegen sprachen sich die Organisationen entschieden aus und die Verhandlungen wurden daher auf Mittwoch vertagt. Die beteiligten Verbände verpflichteten sich, bis dahin von jeder Aktion abzusehen.

Einigung im Bankgewerbe. Die Nachverhandlungen über den Schiedspruch für den Reichstarif im Bankgewerbe haben zur Verlängerung des Tarifes bis zum 31. Dezember d. J. geführt. Der Wegfall des Leistungsanspruches für Ueberstunden wird aufrecht erhalten. Die Angestellten verpflichteten sich, für die Dauer der jeweiligen Gehaltsregulierungen von einer Agitation gegen die unter den gesetzlichen Vorschriften beantragten und zugelassenen Ueberstunden abzusehen.

Aus Stadt und Land.

Explosion in einer Kaserne in Ungarn. In Budapest explodierte ein Behälter mit Krasit im Keller des Offiziersbarracks der Franz Josef-Infanteriekaserne. Die Kellerräume wurden zertrümmert. Die Untersuchung ergab, daß das Krasit durch eine Randschur zur Explosion gebracht worden war. Opfer an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Hindenburgs Ostpreussenfahrt. Hindenburg wird am 24. Mai in Allenstein einreisen und sich von dort aus nach Oherode begeben. Ferner sind u. a. vorgesehene Besuche in Marienburg am 31. Mai und Königsberg Anfang Juni.

Zum Streit in der süddeutschen Metallindustrie wird mitgeteilt: Den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, die wöchentliche Arbeitszeit zunächst auf 47 Stunden festzusetzen und darüber hinaus für alle Fälle, in denen betriebstechnische oder allgemeine wirtschaftliche Gründe Mehrarbeit erfordern, die Verpflichtung zur Leistung einer weiteren Arbeitsstunde anzuerkennen, haben die Arbeiterorganisationen als eine geeignete Grundlage zur Beilegung der Streitigkeiten anerkannt. Dagegen hat der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke in Mannheim im Einverständnis mit den bayerischen und württembergischen Metallindustriellenverbänden den Vergleichsvorschlag abgelehnt.

Museumdiebstahl in Brandenburg. Ein bisher unbekannter Einbrecher stahl aus dem Brandenburger Museum die Bredowische Kunstsammlung, die einen Wert von über 300 000 Mark besitzt. Darunter befindet sich u. a. eine Rembrandtsche Kreuzabnahme Christi.

Landarbeiterstreik in Lausenburg. Im Kreise Lausenburg haben die dem Landarbeiterverband angehörenden Landarbeiter den vom Landbund abgeschlossenen Tarif abgelehnt. Auf 28 Gütern des Kreises wird gestreikt. Die technische Nothilfe ist eingesetzt.

Die Diebstähle auf der Danziger Werft. Seit Jahren ist die Danziger Werft und auch andere Betriebe von ihren Arbeitern jährlich um Millionen an Metallen beschlagnahmt worden. Hunderte von Arbeitern sind deswegen entlassen und der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Dennoch dauerten die Unterschlagungen weiter fort. Die Kriminalpolizei stellte jetzt fest, daß waggonweise Diebstähle vorliegen. Als Hauptbeteiligter kommt eine Althändlerfirma A. Goldberg in Frage, bei der gestohlene Werte in Höhe von 650 000 Mark entdeckt wurden. Als Kuriosum sei bemerkt, daß diese Firma die gestohlenen Metalle wieder an die Werft zurückverkauft hat.

Acht Kühe und 53 Kälber verbrannt. Durch Kurzschluß brach im Kuhstall des Gutes Schmiedshagen Feuer aus, das schnell um sich griff. Alle Feuerwehren der Umgegend beteiligten sich an den Löscharbeiten. Ausschlaggebend war das Eingreifen der Straßburger Motorpömpen, die die angrenzenden Gebäude erfolgreich schützten. Mitverbrannt sind, soweit bis jetzt zu übersehen ist, 8 Kühe und 53 Kälber.

Todesstoß bei einer Wohnungsräumung. In Reich wurde bei einem Kampf mit einer Räumungskommission, die bei dem Gastwirt Schmollenberg auf Grund eines Gerichtsbeschlusses zwei Zimmer räumen sollte, der Gastwirt Schmollenberg von dem Polizeisten erschossen.

Ein blutiges Eifersuchtsdrama hat sich in Lamberheim im süddeutschen Hessen abgespielt. Der Tagelöhner Peter Kloy schnitt seiner Frau die Kehle mit einem Taschenmesser durch, so daß die Frau an Verblutung starb. Darauf versuchte Kloy, sich ebenfalls zu töten und stieg sich lebensgefährliche Verletzungen zu.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich. Durch eine Jugentgleisung sind in der Nähe von Bouziers vier Reisende getötet und 30 verletzt worden. Mehrere Särgen, die die Gebeine im Kriege gefallener Soldaten enthielten, wurden völlig zertrümmert.

Todesopfer bei italienischen Missetaten. In einigen Orten Italiens hat der 1. Mai einen blutigen Verlauf genommen. In der Provinz Padua gab es bei einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Kommunisten zwei Tote und einen Schwerverletzten und in Savona blieb bei einem Streit ein Toter und ein Verletzter liegen.

Zwei Pariser Selbstmorde zu gleicher Zeit. In Paris haben sich in der gleichen Stunde zwei Männer das Leben genommen, die beide den gleichen Beruf hatten: Der eine war ein Sekretär der Gesandtschaft von Chile, der andere Legationsrat der polnischen Botschaft. Beide Männer kannten einander nicht und ihre Taten haben nichts miteinander zu tun. Der

junge Chile ging aus dem Leben, weil er kein Geld mehr besaß, um nach seinem Geschmack weiter zu erklären; der Pole ist gestorben, weil sein Ehrgefühl durch einen Vorfall gekränkt war. Der Chile wurde in einem der ersten Hotels der Avenue der Champs des Elysees sterbend gefunden, der Pole ein paar Hundert Schritt weiter auf einer Bank.

Eisenbahnunfall bei Sangerhausen. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Sangerhausen entgleiste nachts die Lokomotive eines Güterzuges. In demselben Augenblick fuhr ein Güterzug aus. Durch die entgleiste Lokomotive wurde ein Jungtoll abgerissen, dessen Wagen sich ineinanderschoben, wobei ein Schaffner getötet wurde. Der Jungtollführer und ein anderer Schaffner wurden verletzt. Der Materialschaden ist erheblich. Ein ähnlicher Eisenbahnunfall hat sich in der Pfalz ereignet. Auf der Strecke Schifferstadt-Böhl entgleisten mehrere Wagen eines Güterzuges. Von dem Jungtollführer wurde ein Beamter getötet und einer schwer verletzt.

Die Revision des Bürgermeistersmörders verworfen. Das Reichsgericht hat die Revision des vom Schwurgericht Heidelberg wegen Ermordung der beiden Bürgermeister Busse und Berner zum Tode verurteilten Schmieds Leonhard Seifert verworfen.

24 stündiger Proteststreik der Berliner Gemeindearbeiter. Aus Anlaß des Vorgehens der Polizei gegen die Demonstranten vor dem Rathaus haben die Obleute der städtischen Arbeiterschaft Berlins einen 24 stündigen Proteststreik proklamiert. Der Streik begann mit der Donnerstag-Morgenschiß und dauerte bis Freitag früh. Er umfaßte alle städtischen Betriebe, einschließlich der Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie der Straßenbahn mit teilweiser Ausnahme der Wasser- und Abwasserabfuhr. In der Begründung des Streikbeschlusses wird betont, daß der Streik wegen der „provokatorischen Haltung der Schutzpolizei“ eingeleitet worden sei. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat den Proteststreik ausdrücklich gebilligt.

Ein französischer Hochenddampfer gekentert. Etwa 50 Seemeilen vor West empfing der deutsche Dampfer „Roland“ von der Hanjalinie den drahtlosen Hilferuf eines in Seenot befindlichen Dampfers. Als die „Roland“ gegen 3 Uhr auf der Unglücksstelle anlangte, lag der verunglückte Dampfer fast kreuzend in der unruhigen See. Die Rettungsboote waren gekentert und die Mannschaft rang, auf dem Wasser treibend, mit dem Tode. Ein englischer Dampfer war bereits beim Rettungsversuch, das auch die „Roland“ sofort aufnahm. Es konnten von ihr zwei Mann an Bord gerettet werden. Der verunglückte Dampfer war inzwischen gesunken. Eine plötzlich auftretende dicke Nebelbank machte eine weitere Rettungsarbeit unmöglich. Der Engländer funkte noch, daß er acht Schiffbrüchige gerettet habe. Das untergegangene Schiff war ein französischer Dampfer aus West, der deutsche Absicherungskosten von Rotterdam geholt hatte. Infolge des schweren Sturmes überfachte die Ladung und das Schiff kenterte dadurch. Im Ganzen waren 28 Mann an Bord, so daß wahrscheinlich 18 Mann ertrunken sind.

Gerichtssaal.

Ein polnischer Mörder verurteilt. Das Schwurgericht in Ratibor hat den Bandenführer Jablonka aus dem Kreise Rybnik wegen Ermordung eines Polizeiwachtmeysters zum Tode verurteilt. Jablonka war vor einigen Tagen von demselben wegen eines anderen Mordes schon einmal zum Tode verurteilt worden.

Milchwucherer vor Gericht. Einen Mehrerwerb von 1 Million Mark hatte der Verwalter Rabe der Genossenschaft Erwitte bei Paderborn während der Zwangswirtschaft mit Milch erzielt, da er sie nur zum Ueberpreise verkaufte. Außerdem vereinnahmte der Wucherer 163 000 Mark Bestechungsgelder. Das Gericht verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis und Einziehung der empfangenen Bestechungsgelder. Die Vorstandsmitglieder der Genossenschaft wurden ebenfalls — wegen Verletzung ihrer Aufsichtspflicht — verurteilt und erhielten Geldstrafen von 1000 bis zu 10 000 Mark. Die erzielten Ueberpreise für die Milch sollen in einer besonderen Verhandlung gegen die Genossenschaft behandelt und eingezogen werden.

Nachspiel zum Graben-Prozess. Die beiden Gefangenen, die mit Peter Graben aus dem Hünzberger Gefängnis flohen, sich aber am anderen Tage wieder freiwillig stellten, sind von der Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Erschwerend kam für ihre Verurteilung in Frage, daß die beiden mit einem bereits verurteilten Mörder das Weite suchten.

Ein Eisenbahnräuber zum Tode verurteilt. Der letzte der überlebenden Banditen, die vor einigen Wochen in dem Riviera-Expresszuge Passagiere entführten und einen Offizier erschossen, ist nach zweitägiger Verhandlung vom Pariser Schwurgericht zum Tode verurteilt worden. Es ist kaum daran zu denken, daß Präsident Millerand von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen wird.

Volkswirtschaft.

Die Lage der Zeitungspapierpreise. Wie verläuft, will die Regierung demnächst mit Hilfe der parlamentarischen Verhandlungen über Maßnahmen zur Entlastung der Zeitungspapierpreise abklären, an der auch Vertreter der Zeitungsgewerkschaft und der Papierfabrikanten teilnehmen werden. Eine öffentliche Verwirklichung des Papieres dürfte wohl kaum in Frage kommen, jedoch sollen die Finanzierung der Auslandsproduktion der Papierfabriken zur Verbilligung der Inlandsproduktion, die Verfassung dänischer polnischer Holz- und Tariffragen zur Erleichterung kommen.

Sport und Verkehr.

Flugpost nach Rußland. Ab 1. Mai wurde ein zweimal wöchentlich Flugdienst Königsberg (Pr.) — Smolensk-Moskau (Deutsch-Russische Luftverkehrs-Gesellschaft Berlin) eingerichtet und zur Flugpostbeförderung benutzt. Die Flugpost befördert nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten für ganz Rußland. Die Flugpostsendungen müssen wie im inneren Verkehr deutlich als solche gekennzeichnet sein. am

bespan mit den grünen Klebezetteln „Mit Luftpost“. Als Flugzuschläge werden für Postkarten sowie für je 20 Gramm der Briefe 8 Mark neben den gewöhnlichen Auslandsgebühren erhoben. Eine Flugpostkarte nach Rußland kostet also 8 Mark 40 Pf. plus 8 Pf., ein Brief bis 20 Gramm 4 plus 8 Mark. Hierzu tritt bei Einschreibsendungen die Einschreibgebühr.

Die deutschen „Telefunken“ in Oesterreich. An der neugegründeten österreichischen drahtlosen Verkehrs-Gesellschaft nimmt auch die deutsche Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, „Telefunken“, in Berlin teil.

Der Herrenreiter.

Roman von Robert Miß.
(35. Fortsetzung.)

Hat mich doch ein bißchen aufgeregt, der Brief. Aber da ist auch mal wieder der Wunsch der Vater des Gedankens. Die wollen mich oben gar nicht mehr, — gerade des Mammons wegen. Vorbei — vorbei!

Das war ja 'ne nette Szene gestern! Erst die Besichtigung mit dem Reitknecht. Dabei hatte ich selber ihm den Befehl gegeben. Meine teure Gladys wollte mir wohl ad oculos demonstrieren, daß sie hier der Herr sei. Habe es nie bezweifelt.

Wie kann man sich so gehen lassen! Man kann also auch wildend werden. Ich hielt das angelsächsische Blut für kühler. Das Gesicht — die Augen! Wenn sie sich in dem Augenblick hätte im Spiegel sehen können . . . !

Ist ja vielversprechend für unsere Ehe. Ra ja — ich werde Prinzgemahl — angenehme Stellung und Ausflüchten! Petruchio konnte sein Rädchen jähmen — er war ein unabhängiger Herr mit Haus, Hof und Gut. Wenn der Mann es hat, wird er's die Frau niemals entgelten lassen. Umgekehrt steht's anders.

O Billi, mit deinen weichen Sammetaugen, die so sanft freischeln können und voll Güte und Mitleid sind für Mensch und Kreatur! — Meine Lady war nicht einmal so viel Dame, vor den Leuten Rücksicht auf mich zu nehmen.

Der Mann ist bei mir angestellt.

Hinter meinem Rücken grinsten sie alle — ich sah es genau. Es tat ihnen wohl, diese Demütigung des Deutschen, den sie im Grunde für ihresgleichen ansehen, weil er aus dem Stall auf den Thron gestiegen ist. Wie ein begossener Pudel stand ich da und mußte schweigen.

Ich fühle mich schwach, entwürdigt. Warum bin ich nicht meinem ersten Impulse gefolgt und habe für den Bettel vor die Kühe geworfen?!

Sennora Duebedo würde mich mit Freuden ihrer Konkurrentin wegschnappen. Aber nachdem die Verlobung ubi et ubi verlobet worden, kann ich hier doch nicht als begossener Pudel abziehen. Und Vater freut sich so über meine „geklärte Zukunft“.

Kein Glück mit den Weibern!

Unsinn! Ein richtiger Mann wird schließlich mit jedem Weibe fertig. Petruchio hat eben gewartet, bis er verheiratet war mit seinem holden Rädchen. Erst muß man sie von Amerika hofen. Selbst sie erst Frau von Amstel . . .

Uebrigens ist sie jetzt wieder ganz Hingebung und Sanftmut, da ich ihr aus dem Wege ging. Also fühlt sie ihr Unrecht.

Heute diese große, jähe Freude mit Vaters Brief! Also wirklich Ausflüchten! Der Prinz hat mich nicht vergessen. Und es war doch Zufall, daß ich damals seinen Gaul rausritt.

Bielversprechendes Wort: „Ein solcher Reiter muß der Armee wiedergewonnen werden.“ Und Erzengel v. G., Vaters alter Gönner, arbeitet von der anderen Seite, würde mich in seinen Stab übernehmen. Surreal! Gladys ist in Reuhort, kommt morgen zur d. Wie es ihr beibringen?!

Der Rigger stand wartend neben dem gedekten Frühstücksstisch unter dem Balken der Terrasse. Kom blaßblauen Zimthimmel zitterten helle Lichter auf das gelbe Tischstuch, über Glas und englisches Porzellan, über silberne Brotkröbe und kristallene Marmeladenschalen.

Erregt schritt Dietrich auf und ab, schaute ungeduldig auf die Uhr. Jetzt endlich sah er sie durch die kleine Lindenallee auf sich zukommen. — Mit einem Händedruck begrüßten sie sich. Zärtlichkeiten liebten sie beide nicht, tauschten sie auch nur selten aus.

Seinetwegen trug sie das helle Gewand, da er längst diesen Wunsch geäußert. Es machte sie jugendlicher, fröhlicher. Ueberhaupt, er gestand es sich selbst: sie hatte an weiblichem Liebreiz gewonnen — die Zähne waren weicher, das helle Auge war milder geworden, blühte nicht mehr so stahlhart.

Freilich, die Alie war kein Weibchen, keine bequeme Knopflochblume für den Alltag. Aber eine Garten-schmückerin war diese Frau, die sich ihm zu ergeben geber wollte. Konnte er nicht stolz darauf sein? Sie würden ihn alle beneiden daheim.

Doch wie es ihr beibringen? Die halbe Nacht hatte er nachgelesen vor Aufregung. War es nicht klüger, solange zu schweigen, bis er die Bügel fester in Händen hielt, bis nach der Hochzeit?

Aber es erschien ihm unehrlich, unmännlich, sie aber seine Absichten zu täuschen. Sie mußte doch begreifen, daß sein Leben daran hing. Wenn sie ihn liebte, mußte sie sich in seine Gefühle und Wünsche hineinversetzen können.

(Fortsetzung folgt.)

Gerechtig für den 6. Mai.
1757 Friedrich d. Gr. legt bei Prag über die Oesterreicher: Tod des Feldmarschalls Schwerin — 1781 * Der Schriftsteller Ludwig Büchner in Frankfurt a. M. (* 1837) — 1856 * Der amerikanische Polarforscher Robert Peary in Cuxhaven (* 1920) — 1859 * Der Naturforscher Robert von Humboldt in Berlin (* 1769) — 1882 * Der frühere deutsche Kronprinz Wilhelm in Potsdam — 1904 * Der Vater Franz v. Wendt in München (* 1838) — 1920 * Der Schlichtermeister Karl Köhler in Berlin (* 1855).

